Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

292 (13.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 292 | Dienstag, den 13. Dezember 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichspräsident empfing den Reichstagspräsidenten Göring und den Landtagspräsidenten Kerrl zu einer Besprechung der Preußenfrage.

*

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde eine Entschließung über die Winterhilfsaktion angenommen, obwohl der Reichsfinanzminister auf die ernste Finanzlage hinwies. Er soll am Dienstag darüber Bericht erstatten.

*

Der vortragende Legationsrat Dr. Martius wurde zum deutschen Gesandten in Riga ernannt.

*

In der französischen Kammer sprach am Montag abend Ministerpräsident Herriot zu den Schuldenzahlungen an Amerika. Er empfahl die Zahlung für 15. Dezember unter gewissen Bedingungen. Nach kurzer Aussprache vertagte sich die Kammer auf Dienstag. Die Sozialisten fordern Aufschiebung der Dezemberrate und Einberufung einer Schuldenkonferenz.

*

Die Sowjetunion und China haben die normalen und konsularischen Beziehungen wieder aufgenommen.

*

Ministerpräsident Herriot führte am Montag in seiner dreistündigen Kammerrede aus, daß die französische Regierung sich für Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen einsetzen müsse, allerdings unter gewissen Vorbehalten. Die Aussprache wurde auf Dienstag vertagt.

*

Das Reichskabinett wird am Mittwoch eine Sitzung abhalten, in der die Abgrenzung des Arbeitsbereichs des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung festgestellt werden und die außen- und innenpolitische Lage besprochen werden soll.

*

Die Zahl der Flüchtlinge aus der Mandschurei, die im Laufe des letzten Jahres in Peking eingetroffen sind, wird auf eine halbe Million Menschen geschätzt.

Sitzung des Reichskabinetts am Mittwoch

T.U. **Berlin**, 12. Dez. Das Reichskabinett tritt am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, in der die Abgrenzung des Arbeitsbereiches des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung festgestellt werden wird. In der Sitzung dürfte des weiteren die gesamte außen- und innenpolitische Lage zur Erörterung kommen.

Zur Unterredung Schleicher-Held

T.U. **München**, 12. Dez. Die „Bayerische Staatszeitung" äußert sich am Montag zu der Unterredung des Reichskanzlers von Schleicher mit Ministerpräsident Held. Danach bezog sich die Unterredung auf die Fragen der Reichsreform und der Amnestie. Der Standpunkt Bayerns in der Frage der Reichsreform habe Dr. Held dem neuen Reichskanzler vorgetragen, weil die beabsichtigte Verschiebung des gesamten Komplexes der Verfassung eine neue Lage insofern geschaffen habe, als die durch die Maßnahmen des Kabinetts Papen für Preußen geschaffenen Nachteile für die übrigen Länder und insbesondere für deren Vertretung im Reichsrat noch nicht behoben worden seien. Daß die Frage der Amnestie der andere wichtige Punkt der Unterhaltung gewesen sei, bedürfe ebensowenig eines besonderen Hinweises. Dr. Held dürfte beim Reichskanzler erneut Verwahrung dagegen eingelegt haben, daß ein bedeutsames verfassungsmäßiges Länderrecht neuerdings durch eine Aenderung der Reichsverfassung entwertet werden solle. Er dürfte ebenso erklärt haben, daß Amnestien in Länderstrafsachen verfassungsmäßige Sache der Länder seien, die Länderrechte aber nicht zum Gegenstand des politischen Handels gemacht werden dürften, über die man nach der politischen Zweckmäßigkeit hinweggehe.

Das Blatt kündigt die Anberaumung eines bayerischen Ministerrats an, in dem konkrete Beschlüsse über die Haltung Bayerns zur Amnestiefrage gefaßt werden sollen.

Mordanschlag auf Kaiser Wilhelm geplant?

T.U. **Amsterdam**, 12. Dez. Am Montag ereignete sich im Hause Doorn ein aufsehenerregender Zwischenfall. Ein Unbekannter war über die Gartenmauer geklettert und hatte sich Eingang in das Schloß verschafft. Als er von einem Diener in einem neben dem Arbeitszimmer des Kaisers liegenden Turmzimmer entdeckt wurde, versuchte er zu flüchten, wurde aber überwältigt und der im Schloß befindlichen Polizeiwache übergeben. Bei einer Durchsuchung des Mannes fand man ein langes Dolchmesser, sowie eine Pistole. Offensichtlich hatte der Mann, bei dem es sich um einen deutschen Staatsangehörigen handeln soll, die Absicht, einen Anschlag auf den Kaiser zu verüben. Die Dienerschaft des Schlosses will den Unbekannten schon seit einigen Tagen in der Umgebung des Schlosses beobachtet haben. Er scheint eine günstige Gelegenheit abgepaßt zu haben, um seinen Plan auszuführen.

Die Winterhilfe-Aktion

Berlin, 12. Dez. Am Montag trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Torgler** (K.) der Haushaltsausschuß des Reichstags zusammen, um zunächst die Winterhilfe zu beraten.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk führte aus: Die Entschließung des sozialpolitischen Ausschusses ist ergänzt worden durch eine Reihe von Anträgen, die eine **Mehrbelastung des Reiches in Höhe von einigen hundert Millionen RM.** ausmachen würde. Ohne daß ich näher auf die Etatslage einzugehen brauche, ist klar, daß **eine solche Mehrausgabe nicht ohne Deckung geleistet werden kann.** Die von den Sozialdemokraten gemachten Deckungsvorschläge sind optimistische Schätzungen, insbesondere soweit von der Beitreibung der rückständigen Steuern des Bergbaus die Rede ist. Ueber die kommunistische Forderung, die Mehrkosten aus dem Wehretat zu nehmen, brauche ich wohl nicht viel zu sprechen. Der nationalsozialistische Antrag, die Steuerschulden der Landwirtschaft in Naturalien zahlen zu lassen, ist interessant; und wir haben den Gedanken in den letzten Wochen verfolgt, wenigstens die rückständigen Steuern der Landwirtschaft durch Naturalien abgelten zu lassen. Versuche dieser Art, die in Oldenburg gemacht wurden, haben aber kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Dennoch will ich diesen Gedanken nicht rundweg ablehnen. **Die Reichsregierung kennt die große Not und ist gewillt, ihr im Rahmen des finanziell Möglichen entgegenzutreten. Vor allem aber gilt es jetzt, die Gemeinden über Wasser zu halten. Mit den 80 Millionen RM., die das Reich den Gemeinden jetzt zuweist, trägt es bereits 85 Prozent der Wohlfahrtserwerbslosenhilfe.** Hauptsache für die Reichsregierung ist, den Erwerbslosen Arbeit zu schaffen. Das sieht die Reichsregierung als ihre entscheidende Aufgabe an. Daher bitte er den Ausschuß, nichts Unmögliches von der Regierung zu verlangen, was sie beim besten Willen nicht erfüllen kann. Der **Reichsfinanzminister** erklärte noch: Die Benzin-Ausgleichsabgabe soll vom 1. Januar ab sowieso wieder auf den alten Satz von 3.80 RM. erhöht werden. Ein Mehraufkommen ergibt sich daraus aber nicht, da diese Abgabe im Etat mit 13 Millionen angesetzt war und höchstens 7 Millionen aufkommen werden. Die Beseitigung des Spritbeimischungszwanges würde wohl im Etatsjahr 1932 etwa 5 bis 6 Millionen mehr bringen, aber dafür den Zusammenbruch der Brennereien und den Ausfall ihrer Steuern nach sich ziehen.

In der Aussprache wünscht Abg. Dr. **Schmidt**-Eichswalde (Dn.), daß eine Hilfsaktion noch vor Weihnachten durchgeführt würde. Abg. **Rädel** (K.) verlangte, daß neben den Naturalleistungen den Bedürftigen auch eine Barbeihilfe gewährt werde. Abg. Dr. **Hertz** (S.) tritt für die sozialdemokratischen Anträge über die Hilfsaktion ein. Es sollen während des Winters den Bedürftigen 20 Zentner Kohlen und wöchentlich je 2 Kilo Brot und 1 Pfund Fleisch kostenlos geliefert werden. Abg. **Reinhardt** (NS.) weist auf den nationalsozialistischen Antrag hin, Landwirten und Gewerbetreibenden eine Möglichkeit zu geben, ihre rückständigen Steuern in Naturalien abzugelten. Er stimmt dem sozialdemokratischen Abänderungsantrag zu, bestimmte Mengen festzusetzen. Die Gemeinden dürften in keinem Falle belastet werden. Abg. D. Dr. **Schreiber** (Z.): Die Erklärung des Reichsfinanzministers ist rein negativ. Aber warum hat man die Bevölkerung nicht früher über den Ernst der Lage aufgeklärt. Man hat viel zu spät mit dem finanziellen Aufbau der Winterhilfe begonnen. Die Regierung möge für eine praktische Hilfe ein Zweimonatsprogramm vorlegen. Abg. Dr. **Quaatz** (Dn.) wünscht klare Uebersicht über die finanziellen Möglichkeiten des Reiches für eine solche soziale Hilfsaktion und bedauert, daß bei den Erwerbslosen ev. Hoffnungen geweckt werden, die sich nicht erfüllen ließen. Alle Anträge aber würden völlig zwecklos sein, wenn die Regierung nicht sage, ob sie sie erfüllen könne oder wolle. Abg. von **Enbel** (NS.) tritt nochmals für den Antrag seiner Fraktion betreffend Steuerzahlung in Naturalien ein. Abg. **Leicht** (BVp.) nahm zu der Zahlung von Steuern in Naturalien Stellung, für die er nur die Möglichkeit, nicht den Zwang als erstrebenswert bezeichnet.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk äußert sich nochmals über die Deckungsfrage. Selbst wenn man annehme, daß die sozialdemokratische Ausgabeschätzung von 180—190 Millionen zutreffe, bringe der sozialdemokratische Deckungsvorschlag praktisch allerhöchstens 25 Millionen. Zugleich würde er die Möglichkeiten der Schaffung eines deutschen Treibstoffes durch die starke Erhöhung der Ausgleichszulage für immer erledigen. Wenn aber nachher mehr ausgegeben werde als vorhanden sei, so würde dadurch die Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützungen und die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms in Frage gestellt. Das müsse aber unter allen Umständen vermieden werden. Es ist gesagt worden, die Regierung müsse erklären, was sie denn nun auf diesem Gebiet tun könne. Ich würde das gern tun. Aber die Regierung muß dabei doch mit gewissen Unsicherheitsfaktoren rechnen und außerdem feststellen, was die anderen Faktoren, Länder und Gemeinden, inzwischen getan oder eingeleitet haben. Deshalb können wir heute Ziffern noch nicht nennen.

In der **Abstimmung** erhielt die vom sozialdemokratischen Ausschuß vorgeschlagene **Entschließung über die Winterhilfsaktion** eine etwas geänderte Fassung. Diese angenommene Entschließung ersucht die Reichsregierung, alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachts- und Winterhilfe gewährt wird und dabei folgende Forderungen zu verwirklichen:

1. Für den Winter 1932/33 wird für alle Arten Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten **eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen.** Ihre Durchführung wird den Gemeinden übertragen.

2. Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit solchen Naturalien (z. B. Brot, Kohlen, Kleidungsstücken), mit denen je nach den örtlichen Verhältnissen der Notlage am besten gesteuert werden kann. Sie darf nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen. In den Monaten Dezember bis April sind für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt zu liefern: 2 Kilo Brot wöchentlich, 20 Zentner Kohlen, 1 Pfund Fleisch wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als drei Köpfen entsprechend höher, bei Ledigen entsprechend niedriger zu bemessen.

3. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe, von der auch die Alleinstehenden nicht ausgeschlossen werden dürfen, stellt das Reich den Gemeinden zur Verfügung.

4. Diese Reichsmittel dürfen für andere Zwecke der Wohlfahrtspflege weder vom Reich verrechnet noch von den Gemeinden verwandt werden.

Annahme fand weiter der **nationalsozialistische Antrag**, den Landwirten, dem gewerblichen Mittelstand und dem Kohlenbergbau die Möglichkeit zu geben, rückständige Steuern abzugelten durch Naturallieferungen für diese Hilfsaktion.

Schließlich wurde mit Mehrheit eine vom Zentrum eingebrachte **Entschließung angenommen.** Darin wird die Reichsregierung ersucht, in einem Zweimonatsprogramm in eine praktische Winterhilfe einzutreten. Die Reichsregierung hat Mittel zur Verfügung zu stellen, die nach den Richtlinien des sozialpolitischen Ausschusses gemäß der Entschließung vom 10. Dezember 1932 zu verwenden sind.

Der Haushaltsausschuß wird heute Dienstag wieder zusammentreten. Der Reichsfinanzminister ist gebeten worden vor Eintritt in die Tagesordnung, dem Ausschuß in einer besonderen Erklärung u. a. Mitteilungen über den Reichsetat für 1933 zu machen.

Guter Anfang — Günstiges Vorzeichen

Die Dezemberarbeiten des Reichstags

Die viel zitierten Schillerworte aus „Demetrius" von dem stürmevollen Reichstag, der nun zum guten Ende glücklich eingeleitet sei, können diesmal mit Recht auf den ersten Tagungsabschnitt des Reichstags vom 6. November angewandt werden. Freilich stimmt der Vergleich mit dem „guten Ende" nur insofern, als damit das parlamentarische Jahr 1932 getroffen wird. Die Vertagung auf unbestimmte Zeit, die der Reichstag beschlossen hat, gilt in Wirklichkeit nur bis höchstens Mitte Januar. Dann beginnt das eigentliche Ringen um die Entscheidung, deren Verlauf und Ausgang sich heute noch nicht voraussehen und voraussagen läßt.

Ein eigenartiger Zufall hat es gefügt, daß unter die sachlichen Arbeiten des Reichstags zwei Vorlagen fielen, die wegen ihrer verfassungsändernden Voraussetzung mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden mußten. Beide Male ist es gelungen, wenn auch die Zusammensetzung verschieden war. Der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichspräsidenten lag in einer Ebene, auf der sich bis auf wenige Dissentierende alle Parteien und Gruppen des Reichstags zusammenfinden konnten. Schwieriger war es um die Zweidrittelmehrheit für die Amnestievorlage bestellt, bei der wegen der ursprünglich außerordentlich weit gezogenen Anträge bei den Verbrechen des Hoch- und Landesverrats ein Konflikt mit der Leitung der Wehrmacht drohte, an dem voraussichtlich die ganze Vorlage gescheitert wäre, wenn man sich nicht noch im letzten Augenblick auf einen Kompromiß geeinigt hätte, der auch den Wünschen der Reichsregierung im ganzen entgegenkommt. Es ist zu begrüßen, daß die Fälle, die sich gegen die Sicherheit und Sicherung der Wehrmacht richten, nunmehr außerhalb der Amnestie bleiben. Ebenso bleibt der Fall Potemka außerhalb des Vorlagebereiches. Daß dagegen die Opfer des Berliner Verkehrsstreiks der Wohltat des Straferlasses teilhaftig werden, wird jeder billigen, der den inneren Zusammenhang dieses trotz allem frevelhaften Streiks kennt. Dennoch sind mit dem Kompromiß noch nicht alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. Es besteht immer noch die Möglichkeit, daß sich im Reichsrat bei einzelnen Ländern Widerstände bemerkbar machen, sodaß die Vorlage noch einmal an den Reichstag zurückgehen muß. Selbst bei äußerster, geschäftsordnungsmäßiger Beschleunigung ist nicht damit zu rechnen, daß die Amnestie vor Januar oder Februar nächsten Jahres in Kraft tritt.

Obwohl weder der Reichskanzler noch sonst irgend ein Mitglied der Reichsregierung während der Tagung des Reichstages zugegen war, kann deren Verlauf und Ausklang doch als ein Erfolg der Reichsregierung angesehen werden. Es ist vor allem gelungen, die gefährliche politische Aussprache, die unweigerlich mit der Behandlung von Mißtrauensanträgen und solchen auf Aufhebung der Notverordnung hätte enden müssen, zu vertagen. Gewiß ist ihr damit nicht die Gefährlichkeit selbst genommen worden. Aber nachdem der Reichstag gezeigt hat, daß er arbeiten kann, wenn man ihm Arbeit vorlegt, ist die Möglichkeit doch nicht ganz ausgeschlossen, daß bei vorsichtiger Regierungstaktik dieser nach

soviel Jahren unfruchtbaren Haders erfreuliche Zustand eine Fortsetzung findet. Freilich hängt alles nunmehr von den Nationalsozialisten ab, in deren Hand es dank ihrer Schlüsselstellung im Reichstag liegt, ob die Regierung Schleicher ein Mißtrauensvotum erhält oder nicht. Gerade aus diesem Grunde besitzt der Streit der Diadochen im Hinterlager besondere politische Bedeutung. Man soll ihn weder unterschätzen noch überschätzen. Aber für die Weiterentwicklung sowohl im inneren Leben der Partei als auch im Verhältnis zur Reichsregierung und dem Reichskanzler von Schleicher im besonderen fällt er in die Waage.

Einigung über Gleichberechtigung

Eine halbamtliche Aeußerung

In Berliner politischen Kreisen wird die Einigung, die in Genf erzielt wurde, als ein starker Erfolg der Abrüstungspolitik gewertet, die Deutschland trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände bis zu dem heutigen Ergebnis gradlinig verfolgt hat. Die Reichsregierung hat jetzt **erreicht, daß die deutsche Gleichberechtigung in der Abrüstung von den anderen Mächten grundsätzlich anerkannt ist.**

Im Verlaufe der letzten Genfer Verhandlungen des Reichsaußenministers ist es gelungen, eine Beantwortung der früher gestellten Fragen durch alle hauptbeteiligten Mächte zu erreichen. Diese Antwort liegt in der Genfer Erklärung vor. **Sie bejaht die deutsche Gleichberechtigung als Grundsatz der Abrüstungskonferenz.** Damit ist die Gleichberechtigung nicht, wie es bisher der französische Standpunkt war, das spätere Ziel, sondern als grundlegendes Prinzip der Ausgangspunkt aller weiteren Abrüstungsverhandlungen. Die Erklärung geht aber auch noch den Schritt weiter, den vom grundsätzlichen zum praktischen Zugeständnis, indem sie die Entschlossenheit der Mächte betont, darauf hinzuwirken, daß das **Abrüstungsabkommen unverzüglich ausgearbeitet wird.** Damit wird der früher geäußerten deutschen Befürchtung Rechnung getragen, daß man versuchen könnte einen fördernden Ausgang der Abrüstungsverhandlungen immer weiter hinauszuschieben.

Ob die kommenden Abrüstungsverhandlungen ebenfalls zu einem befriedigenden Ergebnis führen, das hängt natürlich von den Einzelheiten des materiellen Verhandlungsinhaltes ab. Hiermit steht die Stelle der Erklärung im Zusammenhang, daß die Art und Weise der **Anwendung der Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll.** Dieser Standpunkt entspricht durchaus der früheren deutschen Stellungnahme, denn auch in der deutschen Denkschrift vom 29. August wurde gesagt, daß der materielle Inhalt der Regelung der Gleichberechtigung Spielraum für Verhandlungen biete.

Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß der **Inhalt der späteren Abrüstungsabkommen,** also das, was sie den einzelnen Staaten „zugesteht, auch dem jetzt feierlich erklärten Grundsatz der Gleichberechtigung Deutschlands entspricht.

Was unter dem „System" zu verstehen ist, das ergibt sich am klarsten aus der Entschließung der Völkerbundsversammlung vom 25. September 1928, in der festgelegt wurde, daß zu diesem System **die gleichmäßige Abrüstung aller gehört.** Im selben Sinne ist immer wieder die deutsche Forderung: **„Gleiches Recht und gleiche Sicherheit"** erhoben worden. Die Sicherheit ist und bleibt nicht etwas, was der Abrüstung vorausgeht, sondern sie wird erst durch die Abrüstung erreicht. Das „System" ist also in dem Abrüstungsabkommen zu sehen. Es wird nach der Entschließung aller beteiligten Mächte noch ergänzt durch das in Aussicht genommene Nichtangriffsabkommen.

Eine wesentliche Bedeutung der Genfer Erklärung sieht man in der Tatsache, **daß die Aenderung des Versailler Vertrages damit eingeleitet ist. Der Teil 5 des Versailler Vertrages kann nicht mehr als eine Sonderbestimmung für Deutschland gelten.** Dieser Teil des Versailler Vertrages kann also nur insofern auf Deutschland angewandt werden, als seine einzelnen Bestimmungen von allen an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten für sich selbst in Anwendung gebracht werden.

Es liegt im Zuge der Entwicklung, daß mit der Erklärung auch bereits der von uns stets abgelehnte Abkommensentwurf des vorbereitenden Abrüstungsausschusses erledigt ist, der die Unterschiedlichkeit gegen Deutschland aufrechtzuerhalten suchte. Als besonders erfreulich ist schließlich noch zu unterstreichen, daß der Erfolg der deutschen Bemühungen die Frage gleichzeitig für die anderen Staaten, die bereits abgerüstet sind, löst. In der Erklärung wird ausdrücklich von allen Staaten gesprochen.

Faßt man das heute erreichte Ergebnis des deutschen Kampfes um Gleichberechtigung zusammen, so ist man der Ansicht, **daß ein sehr großer Fortschritt erzielt wurde.** In den maßgebenden Kreisen Berlins wird erwartet, daß er sich auf die Endlösung der Abrüstungsfrage auswirken wird.

Das Ergebnis von Genf ist nur unter Mitwirkung aller Beteiligten möglich geworden. Neben den Bemühungen Macdonalds ist besonders hervorzuheben, daß Ministerpräsident Herriot Verständnis für die Lage Deutschlands gezeigt hat. Herriot ist den Weg der Verständigung, der von der Verneinung zu dem bekannten „konstruktiven Plan" geführt hat, weitergegangen bis zur Zustimmung zu der jetzt gefundenen Formel. In deutschen Kreisen kann man damit nur die Hoffnung verbinden, **daß die Einigung von Genf auch auf die deutsch-französischen Beziehungen einen günstigen Einfluß ausüben wird.**

*

Der Eindruck der Genfer Einigung

Das **„Berliner Tageblatt"** sagt, es wäre nicht ganz ausgeschlossen, daß die Genfer Formel anlockend wirke auf den seit mehr als zwei Jahren so hart gefrorenen Acker der sogenannten Verständigungspolitik.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** warnt davor, aus der Genfer Formel einen „Sieg" der deutschen Politik und den Anbruch der Freiheit für unsere Nation zu machen. Das sei reiner Selbstbetrug oder Schlimmeres. Was von Neurath nach Hause bringe, sei ein Wechsel auf die Zukunft.

Der **„Lokalanzeiger"** meint, es sei praktisch nicht mehr erreicht, als daß die Verhandlungen auf der Basis der deutschen Forderung nach praktischer Durchführung der nach deutscher Auffassung theoretisch anerkannten Gleichberechtigung weitergeführt werden können.

Die **„Deutsche Zeitung"** sagt, man dürfe nicht übersehen, daß die Gleichberechtigung, die uns allerdings zum ersten Male nun von allen europäischen Großmächten ausnahmslos theoretisch zugesagt worden sei, nur im Zusammenhang genannt werde mit den französischen „Sicherheitsforderungen", auf die wir also grundsätzlich jetzt vereidigt worden seien.

Der **„Tag"**, der von einem „gefährlichen Weg" spricht, betont, daß „Gleichheit des Rechts" kein „gleiches Schwertrecht" bedeute. Im ganzen bringe uns diese Formel nicht weiter.

Die **„Vossische Zeitung"** sagt, jetzt beginne ein neuer Start der Abrüstungskonferenz. Es werde die Aufgabe des deutschen Delegierten sein, die Regierungen immer wieder an die Einlösung des Versprechens zu erinnern, das sie **den Völkern mit der Einberufung der Konferenz gegeben hätten.**

Der **„Vorwärts"** nennt das Ergebnis der Fünfmächte-Konferenz eine Verminderung der internationalen Spannungen, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich.

*

Die Pariser Presse zur Genfer Erklärung

Paris, 12. Dez. Nur die regierungsfreundliche Presse lobt das in Genf getroffene Abkommen über die Gleichberechtigung. Die übrigen Blätter verhalten sich kritisch, einige sogar strikte ablehnend.

Havas spricht von einer guten Operation für Frankreich und zwar deshalb, weil die Hoffnung erlaubt sei, daß Deutschland wenn es aufs neue an der Abrüstungskonferenz teilnehme, zögern werde, gar zu bestimmte Aufrüstungspläne vorzubringen.

„Oeuvre" schreibt, das Ergebnis könne von jeder Partei als gut ausgelegt werden.

Der offiziöse „Petit Parisien" nennt die Zurückziehung Deutschlands auf die Konferenz ein Ereignis von erster Bedeutung. Nach seiner Ansicht ist ein wesentlicher Erfolg darin zu erblicken, daß man eine ständige Kontrolle haben werde, und daß man in dem Kompromiß den Grundstein für einen europäischen Pakt gegenseitigen Beistandes — wie Briand ihn gewollt habe — erblicken dürfe.

„Excelsior" meint, der Wert der Genfer Erklärung werde von dem Willen der deutschen Regierung abhängen, sich dem Geiste dieser Erklärung anzupassen. Jedenfalls würden die französischen Unterhändler noch harte Kämpfe zu bestehen haben, damit die Gleichberechtigung nicht zur einseitigen Abrüstung Frankreichs führe und damit Deutschland nicht ungeniert und ohne Garantie für seine Nachbarn aufrüsten könne.

„Matin" meint, das Ergebnis scheine das Aufgebot von einigen tausend Sachverständigen und wenigstens drei Dutzend Regierungschefs nicht zu rechtfertigen.

Der sozialistische „Populaire" begrüßt die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz, warnt aber vor Illusionen, über deren Ausgang, da die Fünfer-Erklärung auf die „berühmte" Sicherheit anspiele, hinter der der französische Konstruktive Plan stecke, und dieser Plan sei nicht dazu angetan, das Abrüstungswerk zu erleichtern.

„Figaro" ist davon überzeugt, daß Deutschland dem Abkommen nur beigetreten sei, weil es insgeheim allerhand Versprechungen erhalten habe. Das Blatt fragt: Wer hat Deutschlands Rückkehr bezahlt? Was hat Amerika gegeben, was England, was Italien? Was haben wir versprochen? Wenn diese Fragen unbeantwortet bleiben, werden die Franzosen wissen, daß von heute ab für sie eine Aera der Knechtschaft beginnt.

„L'Ordre" ruft aus: Wieder einmal hat Deutschland die Partie gewonnen. Unsere Vertreter haben die Sicherheit Frankreichs geopfert. Auch „Echo de Paris" schlägt Alarm. Man dürfe einen Text, der wegen seiner möglichen verheerenden Folgen mit dem Protokoll von Chequers verglichen werden könne, nicht als einen Sieg buchen. Die Bewilligung der Gleichberechtigung für Deutschland sei einer der Grundsätze der Konferenz geworden. Grundsatz aber heiße Anfang, Ausgangspunkt. Dagegen sei die Sicherheit nur noch eine sehr zweideutige Definition, Schlußpunkt. Diesen Preis habe die Berliner Regierung gefordert und erhalten.

Die Londoner Presse zur Einigung in Genf

London, 12. Dez. Zu der Einigung in Genf schreibt „Daily Telegraph": Trotz der scheinbaren Einfachheit dessen, was endlich vereinbart worden ist, schließt die Erklärung gewisse Zugeständnisse ein, auf die noch vor einer Woche so gut wie keine Aussicht bestand. Aber wenn jetzt der Weg für einen Fortschritt in der Abrüstungssache freigeworden ist, fragt es sich, wie weit die Konferenz ihn gehen wird.

„Daily Herald" drückt seinen Unwillen darüber aus, daß ein mehrmonatiger Streik Deutschlands notwendig geworden sei, um die Anerkennung seines Anspruches zu erreichen, über den seit Beginn der Konferenz Klarheit bestanden habe.

„Times" meldet aus Genf: Deutschland hat erreicht, was es wollte, und Frankreich wird hinsichtlich der Sicherheitsfrage zufriedengestellt.

In einem Leitartikel führt „Times" aus, es habe sich während der letzten Monate gezeigt, daß ohne Deutschland ein Fortschritt der Konferenz unmöglich sei. Es sei besonders befriedigend, daß gerade die deutsche Regierung die Brücke habe bauen helfen, deren Bildung so viel Sorge im Auslande verursacht habe. General von Schleicher habe dadurch, daß er seine Zustimmung zu der mit Hilfe seines befähigten Mitarbeiters, des Freiherrn von Neurath, ausgearbeiteten Formel gab, viel für die Beschwichtigung der Bedenken benachbarter Staaten getan.

Der Genfer Korrespondent der „Morningpost" weist auf die günstige Wirkung hin, die in Genf von der Fünfmächte-Konferenz auf die Haltung Amerikas in der Schuldenfrage erhofft werde.

*

Oesterreich und die Gleichberechtigungsfrage.

T.U. **Wien,** 12. Dez. Die Bedeutung der von Deutschland erkämpften Gleichberechtigung wird auch in österreichischen politischen Kreisen voll anerkannt. Die praktische Durchführung der Gleichberechtigung würde, vom österreichischen Standpunkt aus gesehen, Abänderungen des Staatsvertrages von St. Germain bedingen, wobei vor allem an die Bestimmungen über das Berufsheer, die Stände, die nach den jetzigen Bestimmungen selbst für eine Grenzverteidigung im Ernstfalle unzulänglich sind, und die Bestimmungen über die Material-Bereitstellung gedacht wird. Das Ziel würde für Oestrreich darin bestehen, anstelle des Berufsheeres ein zahlenmäßig beschränktes Volksheer mit den nötigen Verteidigungsmitteln zu setzen. Diese Abänderungen würden eine Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse nur sehr langsam, vielleicht erst in Jahrzehnten mit sich bringen, weil man sich nicht verhehlt, daß die Haushaltsschwierigkeiten nur eine sehr allmähliche Ausnutzung dieser neuen Vorschriften ermöglichen würden.

*

Die deutsche Abrüstungsabordnung unter Nadolny wieder zusammengetreten

T.U. **Berlin,** 12. Dez. Nachdem die Entscheidung, daß Deutschland an den weiteren Arbeiten der Genfer Abrüstungskonferenz wieder teilnimmt, gefallen ist, hat Botschafter Nadolny seinen Urlaub abgebrochen und die in Berlin weilenden Mitglieder der deutschen Abrüstungsabordnung am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammenberufen. Weitere Beratungen werden folgen, um das deutsche Arbeitsprogramm festzulegen. Anfang Januar wird sich die Abordnung geschlossen nach Genf begeben. Vorläufig läßt sich Nadolny dort durch den Gesandten Weizsäcker vertreten.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[40

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Geräuschlos drehte er den Schlüssel im Schloß herum. Ina hatte auf sein Geheiß hin gestern alle Schlüssellöcher ölen lassen. Und nun war die Bahn frei.

Ruhig setzte sich Fritz von Dubian an den Schreibtisch, der tiefschlafenden jungen Frau gegenüber, zog sich die Akten näher heran und begann eifrig zu schreiben. Bald hatte er Seite an Seite mit stenographischen Zeichen bedeckt, die er in rasender Eile auf das Papier zeichnete. Immer wieder sah er dabei auf die Schlafende, aber sie regte sich nicht. Auch in dem Nebenzimmer, wo Weltner schlief, war es völlig still.

Noch einen Augenblick. Aufatmend schob Fritz von Dubian seine Abschriften zusammen und legte sie, sorgfältig zusammengefaltet, in seine Brieftasche.

Da schrak er zusammen: aus dem Munde der jungen Frau war ein leiser Seufzer gekommen; sie schien sich zu regen.

Mit einer wilden Bewegung der Hast klappte Fritz von Dubian seine Brieftasche zusammen und bemerkte nicht, daß ein kleiner Zettel, den er darin aufbewahrt hatte, herunter und zwischen die Papiere von Edith Bernheim glitt.

Gerade wollte er sich leise entfernen. Da schrak er heftig zusammen. Es war ihm, als ob aus dem Nebenzimmer auch irgendein Geräusch gekommen wäre. Atemlos lauschte er. Wirklich, drinnen aus dem Schlafzimmer seines Schwagers klang das feine, aber unverkennbare Knacken, mit dem ein elektrischer Schalter angedreht wird.

Da gab es für Fritz von Dubian kein Ueberlegen mehr. Er handelte ganz instinktmäßig, nur aus dem Gefühl heraus, sein Ziel zu erreichen.

Mit einem Sprung war er wieder an der verschlossenen Tür, drehte lautlos den Schlüssel herum — dann schlich er zurück, löschte das Licht, so daß nur noch der ungewisse Schein des Mondes in dem Raume lag.

In diesem Augenblick öffnete Edith Bernheim die Augen. Mit leeren Blicken sah sie sich im Zimmer um.

„Was ist denn?" fragte sie mühsam — aber sie konnte noch nicht sprechen, die Zunge war ihr noch schwer von dem narkotischen Schlafe, in den das Schlafmittel sie versenkt hatte. Ihr Hirn arbeitete trotz aller Willensanstrengung noch nicht richtig.

Da spielte Fritz von Dubian va banque:

„Kommen Sie nur", sagte er leise, „Ihnen ist schlecht geworden, ich führe Sie." Ehe die Willenlose, Schwankende und ihrer Kräfte Beraubte wußte, was ihr geschah, hatte sich Fritz von Dubian über sie gebeugt, sie in seinen Armen hochgehoben und auf den Divan gebettet.

Als Rechtsanwalt Weltner, beunruhigt durch den Lichtschein, den er soeben noch durch den Türspalt zu sehen vermeint hatte, sich mühsam erhoben und im Hausanzug zur Tür hereintrat, prallte er zurück:

In dem ungewissen Licht des Mondes sah er Edith Bernheim auf der Chaiselongue liegen — und ein eleganter junger Mann, den er nicht kannte, beugte sich wie zu einem zärtlichen Abschiedskuß über sie. Es war, als hätte Edith Bernheim die Arme um den Unbekannten geschlungen. Beide schienen in dem zärtlichen Kuß alles um sich herum vergessen zu haben. So schienen sie auch nicht zu sehen, wie sich die Tür öffnete und leise wieder schloß.

Aber Fritz von Dubian hatte alles bemerkt.

Als Weltner die Tür wieder geschlossen hatte, atmete Dubian tief auf. Er ließ Edith, die schon wieder schlief, los und schlich auf den Zehenspitzen aus dem Zimmer. Bald darauf ertönte das Schließen der Korridortür.

Robert Weltner stand in seinem Zimmer und hielt die Hand auf das schwer schlagende Herz gepreßt. Es war ihm, als hätte ein Fiebertraum ihn genarrt. Das, was er da drinnen in seinem Arbeitszimmer gesehen hatte, es konnte nicht Wirklichkeit sein. Edith Bernheim, die Scheue, Zurückhaltende, die für nichts anderes zu leben schien als für ihre Arbeit — sie in seinem Arbeitszimmer im Stelldichein mit einem fremden Manne!

Schon die Wiederkehr des Bildes vor seinem Geiste ließ ihn in Empörung und Schmerz erzittern.

Wäre er nicht durch die Lähmung der Ueberraschung und durch die Schwäche seiner Krankheit unfähig zu einem plötzlichen Entschluß gewesen, er wäre dazwischengetreten, hätte Rechenschaft gefordert. Aber die Glieder waren ihm wie gelähmt gewesen, und ein Gefühl der tiefen Scham hatte ihn zurückweichen und sich unbemerkt entfernen heißen.

Mit zitternden Knien ließ er sich in den Sessel zunächst der Tür fallen und sah starr vor sich hin. Erst jetzt kam er ganz zum Bewußtsein der Szene, die er vorhin als unfreiwilliger Lauscher mit angesehen hatte.

Wie konnte man sich so in einem Menschen täuschen, wie er sich in Edith Bernheim getäuscht hatte? Er konnte es nicht fassen. So viele Menschen waren ihm in seiner Arbeit begegnet, gute und schlechte, aufrichtige und hinterhältige, ehrliche und lügnerische — und er glaubte Menschenkenntnis genug zu besitzen, um sie und alle ihre Beweggründe zu durchschauen. Gerade als Verteidiger hatte er ja, wie kaum ein anderer, Gelegenheit, in die menschlichen Seelen und ihre Abgründe hineinzublicken. Aber er war dennoch wohl in der Menschenkenntnis ein elender Stümper, wenn er sich so in einer Frau getäuscht hatte.

Nicht, daß sie einen Geliebten hatte, war es, was er ihr anrechnen durfte. Sie war jung, allein im Leben stehend und hatte das Recht, über sich und ihr Herz zu verfügen. So weh ihm das auch tat, er durfte nicht ungerecht sein. Aber die Schamlosigkeit, mit der sie ihren Freund hierherkommen ließ, in sein Haus, zu ihm, der ihr vertraut hatte — darüber konnte er nicht hinwegkommen. Konnte sie mit dem Stelldichein nicht warten, bis sie wieder bei sich zu Hause war?

(Fortsetzung folgt.)